

Politik & Wirtschaft

«Reich und schwach zu sein, ist keine gute Ausgangslage»

Trumps Imperialismus Die Grossmächte teilen die Welt unter sich auf – was soll die Schweiz tun? Die Meinungen von Sicherheitsexpertinnen und Politikern gehen auseinander.

Annalena Müller

«Wir brauchen Grönland», sagte Donald Trump, nur drei Tage nachdem die USA den venezolanischen Machthaber Nicolás Maduro nach New York entführt hatten. In einem Interview mit der «New York Times» legte der US-Präsident nach: Internationales Recht interessiere ihn nicht; er wolle Grönland besitzen; nur seine eigene Moral setze ihm Grenzen.

Sicherheitspolitiker und Experten sind sich einig: Die jüngsten Entwicklungen betreffen auch die Schweiz. «Wir sind zurück in einem Zeitalter des brutalen Imperialismus», sagt SP-Nationalrat Jon Pult. Für die Schweiz sei die aktuelle Sicherheitslage «sehr bedrohlich», warnt Mitte-Ständerätin Andrea Gmür. Beide Politiker setzen sich für mehr europäische Kooperation und Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz ein.

Süssli: Schweiz müsse Stärke aufbauen

Auch Ex-Armeechef Thomas Süssli meldet sich zehn Tage nach seinem Rücktritt in einem Blog-Beitrag zu Wort: «Gleichzeitig reich und schwach zu sein, ist in dieser neuen Weltordnung keine gute Ausgangslage. In einer Welt, in der die bisherigen Regeln nicht mehr gelten, müssen wir als Schweiz wieder Stärke aufbauen.» Dafür müsse die Schweiz die Sicherheitspolitische Strategie des Bundesrats konsequent umsetzen: «Die Zeit drängt.»

Die Ereignisse in Venezuela und das Säbelrasseln um Grönland, das zum Nato-Mitglied Dänemark gehört, bestärken Sicherheits- und Aussenpolitiker

in ihren Forderungen. Bundesrat Martin Pfister kritisierte das Vorgehen der USA an der Dreikönigstagung des Verlegerverbandes Schweizer Medien ungewöhnlich scharf: «Die militärische Kommandoaktion der USA in Venezuela zeigt, dass die internationale Rechtsordnung zerfällt – wofür sich die Schweiz in besonderer Weise verantwortlich fühlt.» Gleichzeitig haben Parlamentarier eine «parlamentarische Freundschaftsgruppe Grönland» gegründet und planen eine Reise auf die Insel, wie die Co-Präsidenten Fabian Molina (SP) und Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte) der «NZZ am Sonntag» sagten. Diese Gesten können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schweiz der sich abzeichnenden imperialen Weltordnung bislang weitgehend ratlos gegenübersteht.

Der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler forscht seit vielen Jahren zu Imperialismus und dessen Rückkehr. «Der Schweizer Wohlstand beruht auf einem durch die regelbasierte Ordnung geschützten Aussenhandel», sagt er. In einer Welt imperialer Grossmächte sei der bündnisfreie Kleinstaat ein einflussloser Zuschauer, der den wirtschaftlichen, kriegerischen oder hybriden Feindseligkeiten schutzlos ausgeliefert sei.

Münkler sieht für die Schweiz zwei Möglichkeiten: «Sie kann sich enger an einen einflussreichen Partner binden – in diesem Fall die EU.» Oder sie könnte versuchen, ihre wirtschaftliche und politische Sicherheit durch Abkommen mit unterschiedlichen Partnern abzusichern. Dieser Weg sei deutlich riskanter, warnt der Politikwissenschaftler. Er setze eine flexible, reaktive Politik voraus – «wo-

für die Schweiz nicht gerade bekannt ist».

Sicherheitsexpertin Ulrike Franke vom European Council of Foreign Relations in Paris teilt Münklers Einschätzung. Sie kennt die Schweiz aus ihrer Studienzeit in St. Gallen gut. Der Kleinstaat sei bereits heute Ziel hybrider Cyberangriffe. Besonders Desinformationskampagnen stellten für die direkte Demokratie «ein grosses Problem» dar, sagt Franke. Das Land müsse deutlich mehr in seine Sicherheit investieren. Allein wäre die Schweiz aber auch bei massiver Aufrüstung chancenlos.

Im Zeitalter der hybriden Konfrontationen sei wirksame Verteidigung nur im Verbund mit den europäischen Nachbarn möglich. «Die Schweiz kann sich nicht vor den Gefahren verstecken. Weder ihr Status als Kleinstaat noch ihre Neutralität schützen sie.»

Neutralität schützt nicht? SVP-Politiker widerspricht

Auch Münkler hält Neutralität in der neuen Weltordnung für wenig vorteilhaft. Die Vorstellung, Neutralität verspreche Sicherheit, sei «ein nationales Glaubensdogma», das mit den neuen politischen Realitäten wenig zu tun habe. Die Guten Dienste hätten während der Blockkonfrontation des Kalten Kriegs «eine gewisse Rolle» gespielt. Die sich abzeichnende «imperiale Dreierkonstellation USA-Russland-China» habe jedoch wenig Interesse an Vermittlern: «Diese stören in der neuen Weltordnung eher.»

SVP-Aussenpolitiker Franz Grüter widerspricht. Er sieht eine «Sternstunde für die Neutralität». Diese sei mehr als die Tradition der Guten Dienste. In einem neuen imperialen Zeitalter biete

sie der Schweiz nach wie vor den besten Schutz – auch, weil das Land so gar nicht erst in den Fokus rivalisierender Grossmächte gerate. Sollte es zu einem Nato-internen Konflikt um Grönland kommen, wäre die Schweiz dank ihrer Neutralität nicht betroffen.

Grüter räumt ein, dass Neutralität ihren Preis habe. «Polen investiert derzeit rund fünf Prozent seines BIP in die Verteidigung.» Auch die Schweiz müsse sich eingestehen, dass das angestrebte BIP-Prozent nicht ausreichen werde. Dies – zusammen mit einer begrenzten Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn bei der Beschaffung von Rüstungsgütern, «wie sie bereits besteht» – sei der Goldstandard für die Schweiz, sagt Grüter.

Sacha Zala, Direktor der Forschungsstelle Dodis und Experte für die Geschichte der Schweizer Neutralität, ist skeptisch. Er sieht gewichtige Unterschiede zwischen der Neutralität im 19. Jahrhundert und im neuen Imperialismus. «Damals war Neutralität ein wirksames Mittel, um unsere imperialen Nachbarn gegeneinander auszuspielen und somit die Unabhängigkeit des Landes zu sichern.»

Zwar erinnere das Verhalten von Putin und Trump an diese Zeit. Doch die Rahmenbedingungen seien in der heutigen, stark globalisierten Welt grundlegend andere als zur Zeit der Monroe-Doktrin von 1823 oder von 1815, als die europäischen Mächte am Wiener Kongress die Schweizer Neutralität festlegten. Diesen Unterschieden müsse man Rechnung tragen, denn: «Eine emotional überhöhte Neutralitätskonzeption steht einer nüchternen Realpolitik im Weg.»

Mitarbeit: Fabian Fellmann